



Arbeitsgemeinschaft der
Jugendverbände in
Nordrhein-Westfalen

#jungesnrw
...Perspektive für alle!
Forderungen des Landesjugendrings NRW zur Landtagswahl 2017

Politik muss vermehrt die Bedürfnisse und Interessen junger Menschen in den Blick nehmen – und zwar in allen Bereichen, vom Ausbildungsplatz bis zur Energieversorgung. Damit junge Menschen gut aufwachsen und leben können, muss die Politik im Sinne einer einmischenden Jugendpolitik die Perspektive wechseln. Dabei gilt es, der Vielfalt junger Menschen gerecht zu werden. Wir fordern: ein #jungesnrw! Dazu gehören:

- ...Freiräume für alle!
- ...Bildung für alle!
- ...Mitwirkung für alle!
- ...Teilhabe für alle!
- ...Nachhaltigkeit für alle!
- ...Jugendverbände für alle!
- ...Jugendcheck für alle!
- ...gegen Rechts mit allen!

Freiräume für alle!

Junge Menschen brauchen Freiräume! Neben dem Lernen in Schule, Ausbildung und Hochschule brauchen sie Zeit, über die sie selbstbestimmt verfügen können – Zeit, um eigene Erfahrungen zu sammeln, sich eine eigene Meinung zu bilden und sich zu engagieren. Um den Leistungsdruck zu verringern und jungen Menschen wieder mehr Zeit zu geben, kann die Landespolitik einiges tun.

Sie muss zusammen mit den Kommunen aber auch dafür sorgen, dass junge Menschen Räume haben, in denen sie sich aufhalten können und die sie gestalten können, ohne als Störenfriede wahrgenommen zu werden. Freiräume sind Räume und Zeiten mit Handlungsoptionen für alle jungen Menschen.

Bildung für alle!

Bildung dient nicht nur der Entwicklung der eigenen Persönlichkeit, sondern befähigt junge Menschen auch dazu, die Gesellschaft, in der wir leben, mitzugestalten. Sie ist zudem ein wesentlicher Faktor, um am Wohlstand dieser Gesellschaft teilzuhaben. Momentan werden die formalen Bildungssysteme Schule, Ausbildung und Hochschule diesem Anspruch nicht für alle jungen Menschen gerecht. Bildung ist immer noch abhängig vom sozioökonomischen Status. Das muss sich ändern. Wir fordern echte Chancengleichheit im Bildungssystem! Das bedeutet insbesondere eine stärkere Durchlässigkeit des Bildungssystems, berufsbildende Abschlüsse im Rahmen der dualen Ausbildung müssen zu einem Studium an einer

Hochschule befähigen. Zudem muss Bildung an den Bedürfnissen junger Menschen ausgerichtet sein – vom Stundenplan bis zum Lerninhalt. Schülerinnen und Schüler müssen hier stärker mitbestimmen können! Das betrifft auch die Ausstattung von Schulen. Insbesondere Berufskollegs müssen besser ausgestattet werden. Marode Schulgebäude und Unterrichtsausfall sind hier leider an der Tagesordnung. Die Ausstattung der Berufskollegs muss geeignet sein, die im Ausbildungsrahmenplan aufgeführten Lehrinhalte zeitgemäß zu vermitteln.

Ähnliches gilt auch für die Hochschulen – das neue Bachelor/Mastersystem bietet den Studierenden zu wenige Freiräume zur eigenen Entfaltung. Auch hier bedarf es einer größeren Mitbestimmung der Inhalte und Abläufe ihrer Studiengänge durch die Studierenden sowie Freiräume zur aktiven Teilnahme an studentischer und akademischer Selbstverwaltung.

Für Bildung braucht es gleichzeitig auch Orte und Zeit außerhalb von Schule, Hochschule und Betrieb und außerhalb von Familie. Um die Herausforderungen des Erwachsenwerdens gut bewältigen zu können, müssen junge Menschen Gelegenheiten haben, sich ohne Benotung und Leistungsdruck in der Gruppe bilden zu können – bspw. an Orten der Jugend(verbands)arbeit oder an selbstentdeckten Orten mit Gleichaltrigen. Für diese Gelegenheiten bedarf es Zeit und Raum.

Mitwirkung für alle!

Junge Menschen haben etwas zu sagen – und müssen gefragt und gehört werden! Schließlich wird von ihnen erwartet, die Gesellschaft auch in Zukunft zu gestalten. Wer erfährt, dass die eigene Meinung gehört wird und in ernsthafte Aushandlungsprozesse miteinbezogen wird, ist motiviert, sein Umfeld und die Gesellschaft zu gestalten. Deswegen fordern wir unter anderem die Absenkung des Wahlalters auf 14 Jahre. Beteiligung funktioniert am besten dann, wenn sie in allen gesellschaftlichen Bereichen praktiziert wird. Von der Planung des Öffentlichen Nahverkehrs, über Wohnsiedlungen bis hin zur Entscheidung, welche Bereiche in den öffentlichen Haushalten priorisiert werden – junge Menschen müssen einbezogen und ihre Interessen berücksichtigt werden. Wir laden junge Menschen ein, sich in und mit den Jugendverbänden einzusetzen und einzumischen!

Teilhabe für alle!

Junge Menschen sind häufig von Armut bedroht und betroffen. Hierzu zählen z.B. Kinder, die in einkommensarmen Haushalten leben, junge alleinerziehende Mütter, junge Menschen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus und viele mehr. Für uns bedeutet Teilhabe an der Gesellschaft auch Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum. Armut bedeutet mehr als wenig Geld zu haben. Sie hat Auswirkungen auf die Gesundheit, den Zugang zu Bildung und die Möglichkeiten, die Gesellschaft mitzugestalten. Auch die Mobilität junger Menschen in Armut ist eingeschränkt, ihr konkretes Lebensumfeld ist selten an ihre Bedürfnisse angepasst. Wir fordern, dass bei der Quartiersentwicklung die Bedürfnisse junger Menschen mitbedacht werden, eine bedarfsgerechte Grundsicherung für Kinder sowie Ausbildungsentgelte, von denen sich junge Menschen eine eigene Wohnung leisten können. Inklusion (wörtlich übersetzt Zugehörigkeit) ist ein wichtiger Aspekt ernstgemeinter Teilhabe. Hier wird oft zu kurz gedacht und zu schlecht finanziert. Wir fordern die Umsetzung und finanzielle Absicherung umfassender inklusiver Konzepte, die eine Beteiligung aller jungen Menschen – mit oder ohne Behinderung - in allen gesellschaftlichen Bereichen möglich macht.

Nachhaltigkeit für alle!

Junge Menschen werden die Folgen heutigen Handelns am deutlichsten spüren. Sie wollen nicht in eine Welt globaler Ungerechtigkeiten hineinwachsen. Entsprechend sind Natur-, Umwelt- und Klimaschutz sowie eine gerechte Welt wichtige Anliegen Jugendlicher, für die sie sich vielfältig engagieren. Für die angestrebte nachhaltige Entwicklung sind jetzt die entsprechenden Weichenstellungen vorzunehmen. Wir fordern eine Politik, die ernsthaft und zielstrebig die Auswirkungen auf die Menschen – jeden Alters und überall auf der Welt – reflektiert und schädliche Vorgehensweisen beendet. Die Mitgestaltung der Zukunft muss allen Jugendlichen zugänglich und möglich sein. Für die erforderliche gesellschaftliche Transformation braucht es Freiräume und Zugangsmöglichkeiten, sich mit dem Gesellschaftssystem und dessen Konsequenzen auseinanderzusetzen und Alternativen zu entwickeln und zu leben.

Jugendverbände für alle!

In Jugendverbänden organisieren junge Menschen ihre Freizeit selbst. Hier finden sie Räume und Zeit, um sich auszutauschen. Sie erleben, dass sie gemeinsam mit anderen etwas bewirken können. Sie erproben demokratische Formen des Zusammenlebens und übernehmen Verantwortung für sich und für andere. Wie u.a. der Wirksamkeitsdialog des Landesjugendrings NRW zeigt, lernen sie in den Jugendverbänden nicht nur *ihre* Bedürfnisse und Interessen zu formulieren, sondern engagieren sich – über die reine Verbandsarbeit hinaus – für eine Gesellschaft, in der alle gut leben können.

Diese wichtige gesellschaftliche Aufgabe der Jugendverbände muss auf Dauer abgesichert werden! Wir fordern deshalb eine Erhöhung des Kinder- und Jugendförderplans um mindestens 20 % für die Jugendarbeit (um die Kostensteigerungen seit dem letzten Kinder- und Jugendförderplan auszugleichen) sowie eine Dynamisierung der KJFP-Mittel, die den jährlich steigenden Kosten (wie z.B. Tariferhöhungen und Teuerungsrate) gerecht wird.

Jugendcheck für alle!

Viele Entscheidungen des Landtags und der Landesregierung haben besonders Auswirkungen auf junge Menschen – auf ihre Gegenwart und auf ihre Zukunft. In den Entscheidungsprozessen werden diese Auswirkungen jedoch viel zu selten ernsthaft behandelt. Wir wollen das ändern und fordern einen Jugendcheck für NRW! Der Jugendcheck ist ein Verfahren, mit dem Politik sich verpflichtet zu prüfen, ob ihre Vorhaben gute oder schlechte Folgen für junge Menschen haben. Wir sind bereit, gemeinsam mit Politik und Verwaltung einen Jugendcheck für NRW zu entwickeln.

Gegen Rechts mit allen!

Wir stellen uns gegen Rechts! Wir treten gegen alle Einstellungen und Handlungen ein, in denen ein Unterschied zwischen „normalen“ und „anderen“ Menschen gemacht wird – sei es, dass zugeschriebene Kultur oder Religion, Nationalität oder Aufenthaltsstatus, Gesundheit oder Aussehen, Geschlecht oder sexuelle Identität als Begründung herangezogen werden. Vom Alltagsrassismus bis hin zu tätlichen Übergriffen – rechte Gewalt ist ein Problem in NRW und eine Gefahr für alle, die frei und demokratisch zusammen leben wollen. Wir brauchen gute Lebensbedingungen für alle und eine Politik und Gesellschaft, die keine/n ausschließt. Dazu gehört die volle Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention. Damit

wenden wir uns deutlich gegen eine abwehrende Asylpolitik und fordern eine Einwanderungspolitik, die jedem Menschen seine Rechte zugesteht und sie verwirklicht. Wir wenden uns gegen eine Rhetorik voller Hass und Ausgrenzung.